

Geschäftsverteilung der richterlichen Geschäfte bei dem Amtsgericht Kitzingen für das Geschäftsjahr 2026

1. Direktorin des Amtsgerichts Johann

(Strafreferat 4)

1. Strafsachen gegen Erwachsene, einschließlich objektiver Verfahren, soweit diese bis zum 31.12.2021 erstmals beim Amtsgericht Kitzingen anhängig waren, einschließlich der nach Rechtskraft zu treffenden Folgeentscheidungen, soweit nicht das Schöffengericht zuständig ist;
2. Strafsachen einschließlich beschleunigter und objektiver Verfahren gegen Erwachsene der Referate 4 Cs und 4 Ds;
3. Gs-Sachen, soweit nicht der Ermittlungsrichter zuständig ist;
4. Geschäftsaufgaben eines Güterichters mit der Sonderzuständigkeit Durchführung von Güteverhandlungen und sonstiger Güteversuche nach § 278 Abs. 5 ZPO.

Vertreter: RiAGstV Dr. Finkenberger

weiterer Vertreter: RiAG Skoda

2. Richterin am Amtsgericht als ständige Vertreterin der Direktorin Dr. Finkenberger

(Strafreferat 1 und 7, Zivilreferat 1 C, 2 C, 3 C und 5 C)

1. Zivilsachen des Referats 1 C mit besonderem Rechtsgebiet: Wohnungseigentumssachen;
2. Zivilsachen der Referate 2 C, 3 C und 5 C;
3. Schöffengerichtssachen gegen Erwachsene einschließlich der Wahl der Schöffen dieses Gerichts und von anderen Gerichten abgegebene Bewährungsaufsichten bzw. Führungsaufsichten, soweit Ls-Verfahren betroffen sind;
4. Entscheidungen über die Vollstreckbarkeit ausländischer Entscheidungen gegen Erwachsene;

5. Nachlasssachen;
6. Entscheidungen über Erinnerungen gegen Beschlüsse des Rechtspflegers gemäß § 6 Abs. 2 Beratungshilfegesetz sowie Erinnerungen gern. § 56 RVG gegen die Festsetzung der Vergütung der Beratungshilfe (§ 55 Abs. 4 RVG);
7. Grundbuchsachen und Unschädlichkeitszeugnisse;
8. Registersachen (Güterrechtsregister);
9. die gemäß §§ 354 II, 210 III StPO, 79 VI OWiG an eine andere Abteilung des Amtsgerichts Kitzingen oder von einem anderen Gericht an das Amtsgericht Kitzingen zurückverwiesenen Sachen;
10. alle Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, soweit sie nicht einem anderen Referat zugewiesen sind;
11. Zwangsvollstreckungssachen; Entscheidungen über Rechtsmittel und Rechtsbehelfe in Zwangsvollstreckungssachen;
12. alle nicht ausdrücklich aufgeführten richterlichen Geschäfte;
13. Entscheidungen nach § 27 III StPO;
14. Entscheidungen nach § 45 II ZPO.

Vertreter: zu 1. und 2., 4. mit 11.: RiAG Skoda

Vertreter zu 13. und 14.: Dir'inAG Johann

Vertreter zu 3.: RiAG Dr. Matthes

Weitere Vertreterin zu 1. – 11.: Dir'inAG Johann

3. Richter am Amtsgericht Betz

Alle Aufgaben des Betreuungsgerichts.

Vertreter: RiAG Gerner, weiterer Vertreter: RiAG Dr. Matthes

4. Richterin am Amtsgericht Dr. Matthes

(Fam-Referat 2 F, Strafreferat 5)

1. Strafsachen gegen Erwachsene einschließlich beschleunigter und objektiver Verfahren der Referate 5 Cs und 5 Ds, soweit sie bis zum 31.12.2025 eingegangen sind;
2. Familiensachen gemäß § 111 FamFG, bei denen der Familienname des Antragsgegners mit den Buchstaben N - Z beginnt;
3. Familiensachen gemäß § 111 FamFG, bei denen der Familienname des

Antragsgegners mit den Buchstaben K - M beginnt, soweit diese Verfahren nach dem 01.01.2026 anhängig werden

Von den Ziffern 2 und 3 ausgenommen sind Verfahren, die denselben Personenkreis betreffen, soweit im Referat 1 F eine Familiensache oder eine Familienstreitsache anhängig ist oder innerhalb der letzten 24 Monate vor Eingang der neuen Sache anhängig war.

Gleichgültig ist dabei die prozessuale Art des Verfahrens, der Streitgegenstand oder eine bereits erfolgte Erledigung des die Zuständigkeit begründenden Verfahrens,

4. Verfahren nach § 1617 IV BGB, bei denen der Name der Mutter des Kindes mit den Buchstaben N - Z beginnt;
5. Verfahren nach § 1617 IV BGB, bei denen der Name der Mutter des Kindes mit den Buchstaben K - M beginnt, soweit die Verfahren nach dem 01.01.2026 anhängig werden;
6. Richter in im erweiterten Schöffengericht.

Vertreter: RiAG Schmitt

weiterer Vertreter: DirAG Johann

2. weiterer Vertreter: RiAG Skoda

5. Richter am Amtsgericht Schmitt

1. Familiensachen in 1 F gemäß § 111 FamFG, bei denen der Familienname des Antragsgegners mit den Buchstaben A - J beginnt, sowie alle Verfahren, die bis zum 31.12.2025 im Referat anhängig waren;
2. Verfahren nach § 1617 IV BGB, bei denen der Name der Mutter des Kindes mit den Buchstaben A - M beginnt, mit Ausnahme der Verfahren bei denen der Familienname mit den Buchstaben K - M beginnt, soweit die Verfahren nach dem 01.01.2026 anhängig werden;
3. Rechtshilfe;
4. Ermittlungsrichter, auch soweit es Verfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende betrifft;

Vertreter: RiAG Dr. Matthes

weiterer Vertreter: RiAG Skoda

2. weiterer Vertreter: DirAG Johann

6. Richter am Amtsgericht Gerner

(Straf/OWi-Referate 2 und 3 sowie 5)

1. Bußgeldverfahren gegen Erwachsene;
2. Jugendschöffengerichtssachen einschließlich der Wahl der Schöffen dieses Gerichts;
3. Jugendrichter einschließlich Bußgeldverfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende;
4. Strafsachen gegen Erwachsene einschließlich beschleunigter und objektiver Verfahren der Referate 5 Cs und 5 Ds, soweit sie ab dem 01.01.2026 eingehen;
5. Wiederaufnahmeverfahren und Anträge zur Vorbereitung eines Wiederaufnahmeverfahrens gemäß dem jeweiligen Beschluss des Präsidiums des OLG Bamberg (auch soweit es Verfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende betrifft);
6. Privatklageverfahren;
7. Aufgaben nach Art. 18 PAG;
8. beschleunigtes Verfahren für Heranwachsende;
9. Entscheidungen über die Vollstreckbarkeit ausländischer Entscheidungen gegen Jugendliche und Heranwachsende.

Vertreter: RiAG Betz

weiterer Vertreter: RiAGstV Dr. Finkenberger

7. RichterIn am Amtsgericht Skoda

(abgeordnet vom Amtsgericht Würzburg mit einem AKA von 50%)

(Zivilreferat 4 C)

Zivilsachen des Referats 4 C

Vertreter: Dir'inAG Johann

weiterer Vertreter: RiAGstV Dr. Finkenberger

Allgemeine Regelungen, ergänzende Regelungen und Bereitschaftsdienst

A. Allgemeine Bestimmungen zu den Zivilsachen

1. Die Zuweisung der Verfahren (Zivilrechtsstreite und selbständige Beweisverfahren) an die Zivilreferate 1 C, 2 C, 3 C, 4 C erfolgt
 1. durch Konzentration bestimmter Verfahren bei einzelnen Geschäftsaufgaben. Diese Sonderzuteilung nach Sachgebieten geht anderen Verteilungen vor und wird auf deren Anzahl nach Nr. 1 b angerechnet;
 2. im Übrigen durch eine sich regelmäßig wiederholende Verteilung der Neuzugänge nach folgendem Turnus:
 1. Verfahren: 1 C
 2. Verfahren: 4 C
 3. Verfahren: 1 C
 - Verfahren: 4 C
 4. Verfahren: 1 C
 5. Verfahren: 4 C
 6. Verfahren: 1 C
 7. Verfahren: 4 C
 8. Verfahren: 1 C
 9. Verfahren: 1 C.

2. In den bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten entscheidet die zeitliche Reihenfolge.

Die an einem Tag erfolgenden Eingänge, unabhängig davon, ob in Papier- oder in elektronischer Form eingegangen, gelten als gleichzeitig eingegangen.

Ausgenommen davon sind Arrestanträge, Anträge auf Erlass einer einstweiligen Verfügung und Anträge auf einstweilige Anordnung nach §§ 767, 769 ZPO; für deren Eingang wird der exakte Zeitpunkt ihrer Einreichung zugrunde gelegt.

Bei gleichzeitigem Eingang ist die alphabetische Reihenfolge maßgebend, und zwar der Anfangsbuchstabe des Namens des nach dem Alphabet vorgehenden Beklagten (Antragsgegners), bei gleichzeitigem Eingang mehrerer Klagen (Anträge) gegen denselben Beklagten (Antragsgegner) die Reihenfolge des Anfangsbuchstabens des Namens des nach dem Alphabet ersten Klägers (Antragstellers). Gleiches gilt für juristische Personen.

Adelsbezeichnungen und andere Namenszusätze wie de, del, el, tel, ten, van, von etc. bleiben außer Betracht. Bei Firmenbezeichnungen eines Einzelkaufmanns, einer OHG oder KG ist der Familienname entscheidend, bei

Gebietskörperschaften der Name im Rechtsverkehr. Bei Doppelnamen entscheidet der erste Namensteil.

Bei gleichzeitigem Eingang mehrerer Klagen bzw. Anträge desselben Klägers (Antragstellers) gegen denselben Beklagten (Antragsgegner) ergibt sich die Reihenfolge aus der Höhe des Streitwerts, der niedrigere vor dem höheren Streitwert. Bei nicht bezifferten Ansprüchen ist der Streitwert nach den Grundsätzen des § 48 GKG vorläufig zu ermitteln.

Soweit für eine Zuteilung im Turnus der in Betracht kommenden Eingänge diese wegen einer Störung (verspätete hausinterne Übermittlung, technische Störungen beim elektronischen Rechtsverkehr) der zuständigen Abteilung nicht vorlagen, unterliegen sie dem aktuellen Turnus zum Zeitpunkt des Eingangs bei der zuständigen Abteilung, die dies in geeigneter Weise zu dokumentieren hat.

3. Für die Zugehörigkeit eines Verfahrens zu einem "besonderen Rechtsgebiet" sind der das Verfahren einleitende Antrag und die dafür gegebene Begründung im Zeitpunkt des Eingangs maßgebend. Spätere Änderungen und Ergänzungen sind ebenso unerheblich wie der Umstand, dass neben den "besonderen Rechtsgebieten" auch Rechtsgebiete allgemeiner Art in Betracht kommen.
4. Eine Abgabe innerhalb des Gerichts wegen der Zugehörigkeit zu einem "besonderen Rechtsgebiet" ist nur binnen einer Frist von vier Wochen nach Zustellung der Klage - bzw. Anspruchsbegründung möglich.
5. In Zweifelsfällen entscheidet auf Antrag eines Referatsinhabers das Präsidium über die Zuteilung eines Verfahrens an das betreffende Referat.
6. Wenn einem Hauptsacheverfahren in derselben Angelegenheit Verfahren in Form von Arrestverfahren, einstweiligen Verfügungen, selbständigen Beweisverfahren (§§ 485 ff ZPO), Abänderungsklagen (§ 323 ZPO), Vollstreckungsabwehrklagen (§ 767 ZPO), Nichtigkeits- und Restitutionsklagen (§ 578 ZPO), Kostenklagen nach § 34 ZPO vorausgehen oder/und nachfolgen, ist dasselbe Referat zur Verhandlung und Entscheidung zuständig, in deren Zuständigkeit das zuletzt (auch schon in den vergangenen Jahren) eingegangene Haupt- oder Nebenverfahren liegt bzw. lag.
7. Eine nach den bisherigen Geschäftsverteilungen begründete richterliche Zuständigkeit besteht fort, soweit keine ausdrückliche andere Regelung getroffen ist.

8. Bei Verfahrensverbindungen wird das Referat zuständig, das den Verbindungsbeschluss erlässt. Abgetrennte Verfahren verbleiben im Ausgangsreferat.

B. Allgemeine Bestimmungen zu den Strafsachen

1. Mit Ausnahme der Privatklagen und der Schöffensachen ist in allgemeinen Strafsachen gegen Erwachsene maßgeblich der Turnus der Eingänge, soweit das Verfahren nach dem 01.01.2022 erstmals beim Amtsgericht Kitzingen anhängig wurde. Hinsichtlich der bereits vorher anhängigen bzw. anhängig gewesenen Verfahren (hier zählen auch Verfahren, die lediglich vorläufig eingestellt wurden oder zwecks Rücknahme und Neufassung der Anklage oder des Strafbefehls an die Staatsanwaltschaft zurückgesandt wurden) einschließlich etwaiger nach Rechtskraft zu treffender Folgeentscheidungen (z.B. Gesamtstrafenbildung, Absehen Von der Einziehung, Maßnahmen im Rahmen der Bewährungsaufsicht), verbleibt es bei der bisherigen Zuständigkeit.
2. Von den Eingängen in allgemeinen Strafsachen wird jeweils ein Eingang fortlaufend wiederholend im jeweils nachfolgenden Einzeltturnus zugewiesen:

Vom Beginn des 01.01.2022 an erstmals eingehende Verfahren:

Cs-Sachen	Verfahren
4 Cs	1.
5 Cs	2.

Ds-Sachen	Verfahren
4 Ds	1.
5 Ds	2.

von anderen Gerichten abgegebene Bewährungsaufsichten bzw. Führungsaufsichten, soweit nicht Ls- Verfahren betroffen sind:	Verfahren
4 BÜR	1.
5 BÜR	2.

Die Zuweisung zu dem jeweiligen Einzeltturnus erfolgt nach der Reihenfolge des Eingangs. Der Zeitpunkt des Eingangs wird durch den Eingangsstempel dokumentiert. Zu Beginn eines jeden Arbeitstages werden die bis zum Ende des letzten Arbeitstages neu eingegangenen Verfahren nach den oben dargestellten Einzeltturni in Stapel aufgeteilt. Die Verteilung auf

die einzelnen Stapel wird durch den Antrag der Staatsanwaltschaft oder der Verwaltungsbehörde oder eines auswärtigen Gerichts oder durch das nach der Aktenordnung bestimmte Aktenzeichen bestimmt.

Soweit für eine Zuteilung im Turnus der in Betracht kommenden Eingänge diese wegen einer Störung (verspätete hausinterne Übermittlung, technische Störungen beim elektronischen Rechtsverkehr) der zuständigen Abteilung nicht vorlagen, unterliegen sie dem aktuellen Turnus zum Zeitpunkt des Eingangs bei der zuständigen Abteilung, die dies in geeigneter Weise zu dokumentieren hat.

3. Innerhalb des jeweiligen Stapels werden die einzelnen Vorgänge nach ihrem durch den Eingangsstempel dokumentierten zeitlichen Eingang bei Gericht geordnet, bei gleichzeitigem Eingang von mehreren Cs- und Ds-Sachen richtet sich jeweils die Reihenfolge nach dem Aktenzeichen der Staatsanwaltschaft beginnend mit dem ältesten innerhalb eines Jahrgangs niedrigsten Aktenzeichen.
4. Innerhalb des jeweiligen Stapels werden Eingänge vorrangig der Richtergeschäftsaufgabe - unter Anrechnung auf den Turnus - zugeteilt, bei der ein Verfahren gegen den Angeschuldigten, Beschuldigten oder Betroffenen, gleichgültig ob erstinstanzlich oder als Bewährungsverfahren, anhängig ist oder in den letzten drei Jahren anhängig war.
5. OWi-Verfahren und Erzwingungshauptsachen sowie Jugend-, Jugendschöffen- und Schöffensachen bleiben unberücksichtigt für die vorrangige Zuweisung für Strafsachen (Cs-, Ds- Sachen).
6. Sofern gegen mehrere Angeschuldigten/Beschuldigten/Betroffenen im o.g. Sinne Vorverfahren vorliegen, ist maßgeblich der Älteste. Bei gleichem Geburtsdatum ist die alphabetische Reihenfolge des Nachnamens und bei gleichem Nachnamen die alphabetische Reihenfolge des Vornamens entscheidend.
Bei mehreren nach den vorstehenden Regelungen zuständigen Richtergeschäftsaufgaben entscheidet das zuletzt anhängig gewordene Verfahren über die Zuständigkeit.
7. Mit der Verteilung des nachfolgenden Einlaufs darf erst begonnen werden, wenn die vorausgegangene Turnusverteilung abgeschlossen ist.
8. Bei einer nachträglichen Verfahrenstrennung oder einer Verbindung/Ab-

gabe innerhalb einer Richtergeschäftsaufgabe verbleibt es ohne Neuverteilung im Turnus bei der Zuständigkeit der bisherigen Richtergeschäftsaufgabe.

9. Die Möglichkeit einer Verfahrensabgabe an eine andere Richtergeschäftsaufgabe bleibt hiervon unberührt. In diesem Fall wird bei der übernehmenden Richtergeschäftsaufgabe die Übernahme im Rahmen des Turnus berücksichtigt.

C. Allgemeine Bestimmungen zu den Familiensachen

1. Wegen der alphabetischen Zuordnung gilt zunächst Buchstabe A.
Allgemeine Bestimmungen zu den Zivilsachen, Ziffer 2., 2. Absatz.
Bei isolierten Familiensachen nach § 111 Nr. 2 FamFG ist der Familienname des Kindes maßgebend, bei mehreren Kindern der Familienname des ältesten Kindes.

Ist bereits eine solche Familiensache anhängig, so ist für jedes neue Verfahren, das denselben Personenkreis, aber auch nicht gemeinschaftliche Kinder der beteiligten Eltern betrifft, das Referat zuständig, in dem das erste Verfahren bearbeitet wird.

Wird zumindest bezüglich eines Elternteils eine Ehesache anhängig, geht die Zuständigkeit bezüglich aller bereits anhängigen Verfahren, auch soweit sie nicht gemeinschaftliche Kinder der Parteien betreffen, auf das Referat über, in dem die Ehesache bearbeitet wird.

Auch bei Familiensachen gemäß § 111 Nr. 3 FamFG ist der Familienname des Kindes maßgebend.

Bei Adoptionen gemäß § 111 Nr. 4 FamFG ist der Familienname des Anzunehmenden, bei mehreren Anzunehmenden der Familienname des ältesten Anzunehmenden maßgebend;

2. Dem Referat 3 F werden keine neuen Verfahren mehr zugeordnet. Noch anhängige Verfahren des Referats 3 F werden in Referat 1 F bearbeitet.
3. Ein Übergang von Verfahren, die bis zum 31.12.2025 auf Grund früherer Geschäftsverteilungen korrekt dem Referat 1 F, respektive 2 F zugeordnet wurden, findet auf Grund der Regelungen im vorliegenden Geschäftsverteilungsplan nicht statt.

D. Ergänzende Regelungen und Bereitschaftsdienst

1. Sind die vorstehend benannten regelmäßigen Vertreter eines Richters des Amtsgerichts Kitzingen verhindert, so obliegt die Vertretung allen übrigen Richtern des Amtsgerichts Kitzingen, wobei jeweils d. nach Lebensalter Jüngste in der Reihenfolge: Gerner, Skoda, Dr. Matthes, Betz, Dr. Finkenberger, Johann, Schmitt, zur Vertretung berufen ist.
2. Wegen des Bereitschaftsdienstes an den Samstagen, Sonn- und Feiertagen, sowie an dienstfreien Werktagen und außerhalb der Dienstzeit ergeht ein gesonderter Beschluss durch das Präsidium des Landgerichts Würzburg.
3. Die Zuständigkeit für die richterlichen Aufgaben in Wiederaufnahmeverfahren in Strafsachen richtet sich nach § 140 a GVG in Verbindung mit dem jeweils rechtswirksamen Beschluss des Präsidiums des-Oberlandesgerichtes Bamberg.
4. Der Beschluss über die Verteilung der richterlichen Geschäfte bei dem Amtsgericht Kitzingen wird auf der Homepage des Amtsgerichts Kitzingen ausschließlich unter Nennung des Familiennamens der Richterin / des Richters als pdf-Datei veröffentlicht.

Kitzingen, 04.12.2025

Das Präsidium des Amtsgerichts:

Dr. Ebert
Präsident des Landgerichts

Johann
Direktorin des Amtsgerichts

Dr. Finkenberger
Richterin am Amtsgericht
als ständige Vertreterin der Direktorin

Schmitt
Richter am Amtsgericht

Betz
Richter am Amtsgericht

Dr. Matthes
Richterin am Amtsgericht

Gerner
Richter am Amtsgericht